

und Vorurteile abzubauen. Die Synode hat auch wichtige Anregungen für Bereiche gegeben, in denen vielerorts Nachholbedarf besteht, sei es mit ihrem Insistieren auf der menschlichen, theologischen und geistlichen Qualifikation der für die Priesterausbildung Verantwortlichen oder mit ihren Überlegungen zu Bedeutung und Formen der Weiterbildung. In der zentralen Frage nach der Zukunft der Seelsorge und der Sendung der Kirche angesichts der sich ungeachtet der regionalen Zuwächse verschärfenden Personalsituation ist die Vollversammlung allerdings nicht weitergekommen. Die von Johannes Paul II. in der Schlußansprache vorgeschlagene Lösung, die Ortskirchen mit vielen Priestern sollten einen Teil davon in Gebiete mit Priestermangel schicken, würde sich kaum ohne Schaden für beide Seiten durchführen lassen. Das Thema neuer und differenzierter Zugangswege zum Priesteramt wird deshalb auf der Tagesordnung bleiben, auch wenn der Papst in seiner Ansprache bei den „viri probati“ einen deutlichen Schlußstrich gezogen hat.

Bleibt es beim Dreijahresrhythmus?

Wie üblich wurden während der Vollversammlung die Synodenväter auch nach Vorschlägen für das Thema der nächsten Zusammenkunft der Synode befragt. Dabei erhielten die drei Themen: Orden/geistliche Gemeinschaften; Jugend; soziale Kommunikationsmittel die meisten Stimmen. Ob die neunte ordentliche Vollversammlung dem bisherigen Rhythmus folgend 1993 abgehalten wird, ist noch nicht sicher. Erzbischof Schotte teilte in seinem Bericht über die Arbeit des Synodensekretariats mit, daß sich die Synodenväter bei einer Umfrage im Zuge der Vorbereitung der jetzigen Vollversammlung vielfach für ein *Fünfjahresintervall* zwischen den Vollversammlungen

ausgesprochen hätten. Der Papst wolle, so Schotte, am gewohnten Dreijahresrhythmus festhalten, schließe aber für die Zukunft größere Zeitabstände zwischen den Vollversammlungen nicht aus, die dann mit anderen Formen synodaler Zusammenkünfte alternieren könnten.

Vermutlich im Herbst 1991 soll die von Johannes Paul II. bei seinem Besuch in der Tschechoslowakei im April dieses Jahres angekündigte Sondervollversammlung der Bischofssynode für Europa stattfinden; Die erste Tagung einer kleinen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Europasynode fand im August statt. Die Vollversammlung über die Priesterbildung bot jetzt auch Gelegenheit zur Zwischenbilanz von Projekten, die von der Sondersynode 1985 (vgl. HK, Januar 1986, 34 ff.) initiiert wurden. Kardinal *Joseph Ratzinger* informierte über den Stand der Arbeit am „Weltkatechismus“ (vgl. ds. Heft, S. 554) und der Präfekt der Bischofskongregation, Kardinal *Bernardin Gantin*, über die Reaktionen auf das Anfang 1988 verschickte Arbeitsdokument zum theologischen und rechtlichen Status der Bischofskonferenzen (vgl. HK, April 1989, 168 ff.). Kardinal Gantin räumte dabei indirekt ein, daß die Aussagen des Arbeitsdokuments bei den Betroffenen auf wenig Gegenliebe stießen und kündigte ein neues Dokument unter Berücksichtigung der eingegangenen Reaktionen ein, das einen „positiven Ton“ und „pastoralen Charakter“ haben solle. Es sei nicht die Absicht des Dokuments, offene theologische Fragen zu entscheiden, sondern ihnen Zeit zum Reifen zu geben. Der Versuch einer Rückstufung der Bischofskonferenzen durch ein entsprechendes Grundsatzdokument dürfte damit wohl fürs erste mißlungen sein. Vielleicht ist das auch ein gutes Omen für die Zukunft der Institution Bischofssynode.

Ulrich Rub

Konföderierung oder Ende?

Jugoslawien als alter balkanischer und neuer europäischer Krisenherd

Der Vielvölkerstaat Jugoslawien droht an seinen in jüngster Zeit erneut ausgebrochenen ungelösten zwischenationalen Konflikten zu zerbrechen. Schon in seiner Vorkriegsform als halbdemokratisches Königreich waren die heutigen sechs Teilrepubliken und Nationen mit den zwei starken nichtslawischen Minderheiten, vier Sprachen, drei Hauptreligionen und Kulturkreisen und zwei Schriften nahezu unregierbar. Kann sich das Land in neuen Strukturen fangen, oder endet das Ganze in einem Bürgerkrieg? Gojko Borić, Jugoslawien-Mitarbeiter bei der Deutschen Welle in Köln, schließt einen „neuen Libanon“ nicht aus.

Jugoslawien ein alter und neuer Krisenherd? In der Tat, entstanden aus dem südslawischen Teilen der untergehen-

den Österreichisch-Ungarischen Monarchie und den im Ersten Weltkrieg siegreichen Königreich Serbien und Montenegro, konnte Jugoslawien bis heute keine wirklich tragfähige und dauerhafte Grundlage für ein gedeihliches Zusammenleben seiner Völker finden. Zu nachhaltig trennen die kulturellen, zivilisatorischen, religiösen und geschichtlichen Besonderheiten die in ihrem jeweiligen römischen, byzantinischen oder islamischen Religions- und Kulturkreis verhafteten Nationen voneinander.

Ein Land voller ungelöster Konflikte

Im *Königreich Jugoslawien* warfen die als siegreichen Befreier auftretenden Serben den Kroaten und Slowenen

vor, undankbar zu sein, wenn diese gegen die ungleiche Verteilung der Staatslasten aufbegehrten. Die Slowenen und Kroaten ihrerseits klagten die diktatorischen Maßnahmen der serbischen Führungsschicht an. Der unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg 1939 unternommene Versuch, durch Gründung einer halbsouveränen „Kroatischen Banschaft“ (der Banus war traditionell Vizekönig in Kroatien) Jugoslawien zu föderalisieren, kam zu spät. Als Hitler-Deutschland das Land 1941 angriff, war es weder politisch noch militärisch stark genug, um auch nur symbolisch Abwehr leisten zu können.

In dieses Machtvakuum stießen die *Kommunisten*, die als die unangefochtenen Sieger aus dem Krieg hervorgegangen waren, der nicht nur ein Krieg gegen die deutschen, italienischen, ungarischen und bulgarischen Okkupanten war. Es war auch eine Abrechnung zwischen den kroatischen und serbischen Nationalisten, Kommunisten und Nichtkommunisten, den Anhängern des alten jugoslawischen Regimes und des neuen kroatischen Staates, zwischen den Freunden der Deutschen und Bewunderern der Sowjetrussen. Und die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen waren fließend. Am Ende des Krieges hatten alle verloren mit Ausnahme der Kommunisten, die damals stalinistischer als Stalin auftraten und ihre Gegner auf grausame Weise verfolgten. Schon bald aber folgte die Ernüchterung, denn einen Alleingang Titos konnte Stalin nicht dulden. Unter fadenscheinigen Anschuldigungen wurde Jugoslawien 1948 aus der Gemeinschaft der kommunistischen Staaten ausgeschlossen.

Der *Bruch Titos mit Stalin* brachte dem Land jedoch keine wesentliche Demokratisierung oder gar die nationale Gleichberechtigung. Zwar erlebten die Bürger des Vielvölkerstaates, nicht zuletzt dank der politischen und wirtschaftlichen Unterstützung des Westens, ein Jahrzehnt vermeintlichen Wohlstandes. Dagegen wurden die seit langem bestehenden zwischennationalen Konflikte nach wie vor gewaltsam unterdrückt oder verschwiegen. 1971 unternahmen national gesinnte kroatische Kommunisten in eigener Regie den Versuch, eine gerechtere Behandlung ihrer Nation in Jugoslawien durchzusetzen. Sie wurden daraufhin von Tito und einigen Spätstalinisten von der politischen Bühne verbannt. Ein Jahr darauf geschah das gleiche mit den serbischen Reformkommunisten.

Nach Titos Tod 1980 zeigten sich die ungelösten nationalen Probleme, an denen schon 1941 das königliche Vorkriegsjugoslawien scheiterte, erneut in aller Schärfe.

In den Jahren von 1971 bis 1989 herrschten in Jugoslawien halbdiktatorische Zustände. Erst nachdem in der ehemaligen DDR, in Ungarn, der ČSFR und vor allem in Polen die ersten Dämme der kommunistischen Machtstrukturen brachen, entschlossen sich im April und Mai dieses Jahres zuerst die Kommunisten in Slowenien, dann auch in Kroatien, ohne jeglichen Druck zu den ersten freien Wahlen im Nachkriegsjugoslawien. In den anderen Teilrepubliken folgen die Wahlen im November und Dezember. Bemerkenswert ist, daß jede Teilrepublik über die Wahlen anders entschied, gleichwohl es in allen schon mehrere

politische Parteien gibt. Diese eigenständige Vorgehensweise macht einmal mehr deutlich, wie wenig Jugoslawien noch als Einheit betrachtet werden kann.

Nach den Wahlen in Slowenien und Kroatien ist Jugoslawien gespalten

Die Slowenen wählten die allgemeine Kammer und den Rat der Gemeinden, außerdem das fünfköpfige Republikspräsidium und dessen Vorsitzenden, den Reformkommunisten *Milan Kučan*. In Kroatien wurden ein neues Parlament sowie lokale Versammlungen gewählt. In beiden Republiken agieren bereits seit Januar 1990 zahlreiche offiziell zugelassene oppositionelle Parteien, allein in Kroatien 24, darunter auch der Bund der Kommunisten, der sich einen neuen Namen zugelegt hat. Er heißt nun Partei der Demokratischen Umwandlung. Während in Slowenien mehrere oppositionelle Parteien als eine starke Koalition unter der Bezeichnung „Demos“ gegen die noch herrschende Partei der Kommunisten antraten, haben sich in Kroatien drei Gruppierungen herausgebildet. Der ersten gehören Kommunisten und Sozialisten an, die zweite nennt sich „Koalition der nationalen Verständigung“ und besteht aus Sozialdemokraten, christlichen Demokraten, Liberalen und Anhängern der Bauernpartei. Die dritte schließlich ist die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“ (HDZ), ein Bündnis der Konservativen, die jetzt auch den Präsidenten der Republik, *Franjo Tuđman*, wie auch die Regierung stellt.

Die Wahlen in Slowenien und Kroatien haben Jugoslawien gespalten. Auf der einen Seite stehen die nunmehr demokratischen Republiken Slowenien und Kroatien. Sie haben die Bezeichnung ‚sozialistisch‘ aus ihren Namen entfernt und ihre Souveränität proklamiert; ihr Verhältnis zu den anderen Teilrepubliken Jugoslawiens wollen sie neugestalten. Ihnen gegenüber stehen Serbien, das seine Kommunistische Partei dem Namen nach in eine sozialistische Partei umgewandelt hat, Montenegro, das geblieben ist, was es immer war, sowie Bosnien/Herzegowina und Mazedonien, in denen sich in den letzten Monaten ein beachtliches Parteispektrum entwickelt hat. Kroatien und Slowenien haben der Öffentlichkeit unlängst einen *gemeinsamen Plan zur konförderativen Umgestaltung Jugoslawiens* vorgelegt, der die Schaffung eines Staatenbundes – ähnlich dem der Europäischen Gemeinschaft – vorsieht. Serbien und Montenegro lehnen das kroatisch-slowenische Projekt ab, während Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien sich abwartend verhalten.

Angesichts dieser Lage hat Jugoslawiens Ministerpräsident, der Kroat *Ante Marković*, vorgeschlagen, Diskussion und Abstimmung über das Papier auf die Zeit nach den Wahlen in den restlichen vier Teilrepubliken zu vertagen. Serbiens Präsident *Slobodan Milošević* wendet sich jedoch entschieden gegen den Aufschub. Er trachtet daher mit allen Mitteln danach, die Schaffung einer Konföderation zu verhindern, zumindest aber zu erschweren, nicht zuletzt mit dem drohenden Hinweis, daß dadurch die Grenzen der Teilrepubliken in Frage gestellt würden.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß Serbien de facto bereits *konföderalistisch* handelt: Nach seiner neuen Verfassung ist der Präsident Serbiens auch der Oberkommandierende der Streitkräfte seiner Teilrepublik, die auch bereits ihre eigene Außenpolitik betreibt, wie mit der jüngsten Einführung von Zöllen für slowenische und kroatische Waren demonstriert. Unterdessen haben einige Kommunisten und Nationalisten in Serbien und Montenegro sowie in den serbischen Enklaven in Kroatien mehrmals die Armee zum Eingreifen aufgefordert. Diese aber betrachtet das Geschehen mit großem Unwillen. Sie ist zwar fest in der Hand kommunistischer Offiziere, die zu 80 Prozent Serben und Montenegriner sind; die überwiegende Mehrheit der Soldaten aber sind Nichtkommunisten und Nichtserben. Die Armee zögert daher einzugreifen, wohl wissend, daß sie damit einen Bürgerkrieg auslösen würde.

Die Unzufriedenheit der Serben und die serbische Minderheit in Kroatien

In seinem Kampf gegen die konföderalistischen Bestrebungen Kroatiens und Sloweniens besitzt der serbische Führer zwei starke Trümpfe: Zum einen ist es die im stalinistischen Sinne erzkonservative jugoslawische Volksarmee, die sich seit jeher als Hüterin eines unitaristischen und zentralistischen Jugoslawien verstanden hat. Zum anderen sind es die *serbischen Minderheiten in Kroatien* (11,6 Prozent der Bevölkerung) und Bosnien/Herzegowina (33 Prozent), die Milošević bereits seit Wochen als „Fünfte Kolonne“ seines Regimes einsetzt. So kam es Mitte August dieses Jahres im dalmatinischen Hinterland von Kroatien zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen.

Unmittelbare Ursache des Aufruhrs war der Konflikt zwischen der „Serbischen Demokratischen Partei“ des *Jovan Rašković* und der demokratisch gewählten kroatischen Staatsmacht in Zagreb um die „serbische Autonomie“. Raškovićs Partei, die nur einen Teil der serbischen Minderheit in Kroatien vertritt, hatte bereits vor der konstituierenden Sitzung des kroatischen Parlaments ohne jegliche gesetzliche Grundlage eine „Gemeinschaft der serbischen Gemeinden“ ausgerufen und als eine Art Regierung den „Serbischen Nationalrat“ gewählt. Im Gebiet dieser „Gemeinschaft“ lebt nur ein Viertel aller Serben in Kroatien. Sie erstreckt sich über die ärmsten Gegenden der Teilrepublik und kann wirtschaftlich nicht allein existieren. Weder die „Gemeinden-Gemeinschaft“ noch der „Nationalrat“ werden von der Zagreber Regierung anerkannt. Die „Serbische Demokratische Partei“ wurde mehrmals aufgefordert, ihre Vertreter ins Parlament zu entsenden, wo sogar die Stelle des Vizepräsidenten für sie reserviert war. Parteiführer Rašković lehnte bisher alle Angebote ab.

Die *Gründe* für die wahre oder vermeintliche Unzufriedenheit der serbischen Minderheit in Kroatien, die hier etwa 12 Prozent der Bevölkerung ausmacht, sind viel-

schichtig. Zum einen wird mit Ausnahme Serbiens und Montenegros in den jugoslawischen Republiken die „Los-von-Belgrad-Bewegung“ immer stärker. Andererseits sehen die außerhalb Serbiens lebenden Serben in einem von Belgrad dominierten Jugoslawien eine Garantie für ihre Vorherrschaft in Kroatien und Bosnien/Herzegowina. Unterdessen existiert das alte Jugoslawien Titos faktisch schon lange nicht mehr. Für Slowenien und Kroatien in ihrer neugewonnenen Souveränität und Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien, die folgen werden, geht es nicht um ein Ja oder Nein zu Jugoslawien, vielmehr um eine *Neugestaltung ihrer Beziehungen innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen*. Sollte sich das von den demokratischen Führungen in Kroatien und Slowenien geforderte konföderative Jugoslawien als nicht lebensfähig erweisen, wäre auch eine Lostrennung denkbar.

Ein anderer Grund für den serbischen Unmut reicht weit in die Geschichte zurück. Bereits in Zeiten vor der Entstehung Jugoslawiens arbeiteten Kroaten und Serben nur dann zusammen, wenn es um die Errichtung eines südslawischen Staates ging. Als jedoch die Kroaten Unabhängigkeitswünsche anmeldeten, verbrüdeten sich die Serben in Kroatien mit pro-ungarischen und pro-italienischen Kräften, um diese Entwicklung zu verhindern.

Nicht zuletzt ist es auch die durchaus begründete Angst, Privilegien zu verlieren, die zu der Rebellion eines Teils der Serben in Kroatien geführt hat. In der Kommunistischen Partei Kroatiens waren die Serben stets doppelt so stark vertreten, als es ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung dieser Teilrepublik entsprach. Im Partei- und Staatsapparat hielten sie die höchsten Stellen, mindestens aber Aufpasserpositionen, besetzt. Auch in den besonders sensiblen Bereichen der Staatssicherheit, Polizei, Verteidigung und sogar in den Massenmedien gaben serbische Kommunisten den Ton an. Diese *bevorzugte Stellung* der Serben in Kroatien wird nun nach dem Wahlsieg der konservativ-nationalen „Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft“ schrittweise abgebaut.

Nach dem Willen der neuen kroatischen Führung sollen die Serben in Kroatien ihre kulturelle Autonomie, die sie unter der kommunistischen Herrschaft nicht besaßen, erhalten. Das gleiche fordert man für die in Serbien lebenden Kroaten. Hingegen wird es einen politischen und territorialen serbischen „Staat im Staate“ nicht geben.

Die Volksarmee als Hindernis der Demokratisierung und Konföderierung

Das Haupthindernis auf dem Weg zur Demokratie in Jugoslawien stellt aber die in sich geschlossene *jugoslawische Volksarmee* dar. Sie hat eine solche Geschlossenheit bisher noch nicht unter Beweis gestellt, gleichwohl sind wiederholt offene Drohungen von Generälen an die Adresse der Politiker, die nach ihrer Meinung Jugoslawien zerstören wollen, laut geworden. So haben beispielsweise bei den Unruhen in dem von Serben bewohnten Gebiet Kroatiens

Armeeflugzeuge drei Hubschrauber des kroatischen Innenministeriums an ihrem Dienstflug gehindert; und serbische Aufständische sollen, von der Armee unbehelligt, militärische Waffen entwendet haben. Die kroatische Führung sieht sich gezwungen, solche Vorfälle tatenlos zu dulden in der Gewißheit, daß selbst ein gesetzlich erlaubtes Einschreiten gegen die Aufständischen eine Intervention der Armee provozieren könnte.

Daß die jugoslawische Volksarmee durchaus vor einem Angriff nicht zurückschreckt, hat sie bei der *Unterdrückung der albanischen Demonstrationen* in der serbischen Provinz Kosowo gezeigt. Gemeinsam mit Spezialeinheiten der serbischen Polizei hat sie in diesem zu 85 Prozent von Albanern bewohnten Gebiet etwa 100 Demonstranten erschossen, mehrere hundert verletzt und zahllose Greueltaten verübt. Die jugoslawischen Generäle sehen in der Armee die letzte Bastion zur Erhaltung Jugoslawiens. Sonst in ihren Äußerungen über die demokratischen Regierungen in Slowenien und Kroatien eher zurückhaltend, lassen sie in ihrem Hauptorgan „Narodna armija“ keine Gelegenheit aus, gegen jedweden Vorschlag oder Versuch zur Neugestaltung Jugoslawiens zu polemisieren. Vor den Wahlen in Slowenien und Kroatien hatte die Armee mit Billigung des jugoslawischen Staatspräsidiums, mithin nach jugoslawischer Verfassung ihres Oberkommandierenden, die Waffen der territorialen Verteidigung übernommen und das Kommando über die paramilitärischen Einheiten an sich gerissen. Gleichzeitig hat Serbien durch die Abschaffung der Autonomie für seine beiden Provinzen Kosowo und Wojwodina dieselbe Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt. Demzufolge fungiert das Oberkommando der jugoslawischen Volksarmee als Organ der inneren Sicherheit allein nach Maßgabe der proserbischen Mehrheit im jugoslawischen Staatspräsidium. Ein Grund mehr für die demokratischen Kräfte in Slowenien und Kroatien, die Entpolitisierung und Verkleinerung der Armee zu fordern.

Die zwischennationalen Konflikte und die Religionsgemeinschaften

Und die Kirchen? Die zwischennationalen Konflikte in Jugoslawien sind seit jeher auch durch Animositäten zwischen den Religionsgemeinschaften belastet. Die starke Identifizierung großer Teile der katholischen Christen mit der kroatischen und der orthodoxen Christen mit der serbischen Nationalität hat bislang wenig Raum für einen ökumenischen Dialog gelassen. Beide Religionsgemeinschaften hatten unter der osmanischen Herrschaft gelitten, allerdings waren die Katholiken aufgrund der bloßen Tatsache, daß der Papst seinen Sitz außerhalb des Osmanischen Reiches hatte, einer stärkeren Verfolgung seitens der Hohen Pforte ausgesetzt. Die Orthodoxen wurden verhältnismäßig geschont und sogar mit gewissen Privilegien bedacht, da sie sich von der osmanischen Obrigkeit leichter manipulieren ließen.

Die *unterschiedlichen Vergangenheiten der katholischen und orthodoxen Christen* wirkten sich auch im Königreich Jugoslawien aus. Die serbisch-orthodoxe Kirche wurde von der Regierung so weit bevorzugt, daß sogar das jugoslawische Parlament unter dem Druck der Straße das von der Regierung bereits gebilligte Konkordat mit dem Vatikan abgelehnt hat. Als dann im Zweiten Weltkrieg ein Teil der Kroaten um ihrer Selbständigkeit willen mit den deutschen und italienischen Okkupanten paktierte, verbündete sich auch ein Teil des kroatischen Klerus mit den neuen nationalistischen Machthabern. In dieser Zeit kam es zu blutigen Verfolgungen orthodoxer Christen durch kroatische Nationalisten. Nach der Machtübernahme durch die Kommunisten wurden die Katholiken verfolgt und gesellschaftlich isoliert, obwohl der kroatische Primas und spätere Kardinal *Alojzije Stepinac* immer wieder den Unterschied zwischen den Zielen des damaligen Regimes und dem Recht der Kroaten auf Eigenständigkeit betont hatte.

Die Lage der Kirchen in Jugoslawien änderte sich jeweils mit dem Auf und Ab der politischen Entwicklung im Lande. Die orthodoxe Kirche gewann dabei leichte Vorteile, weil sie in Kontakten zum Staat stets hinter ihren eigenen Minimalpositionen zurückblieb, während die katholische Kirche fast immer uneingeschränkt auf ihren Standpunkten beharrte. Sie konnte sich dabei allerdings auf die international anerkannte Autorität des Heiligen Stuhls sowie der Zustimmung der überwiegenden Mehrheit ihrer Gläubigen stützen.

Ebenso kraftvoll tritt seit etwa zehn Jahren auch die *islamische Glaubensgemeinschaft* auf. Sie errichtete in jüngster Zeit viele neue Gebetshäuser, teilweise an Orten, die nicht einmal die Osmanen gewählt hatten. In ihrer regen Tätigkeit werden die muslimischen Gläubigen von der katholischen Obrigkeit mehr unterstützt als von der orthodoxen, was wiederum auf die nationale Nähe zurückzuführen ist.

Die demokratische Entwicklung in Kroatien und Slowenien wurde nicht wie in Polen in erster Linie von der katholischen Kirche initiiert. Aber auch hier war diese lange Zeit Zufluchtsort für verfolgte Intellektuelle; und jedesmal, wenn in den vergangenen zwanzig Jahren die kommunistischen Machthaber eine Aktivität als nationalistisch gebrandmarkt hatten, übernahm die Kirche selbst die Regie. Sie organisierte unter anderem nationale Feiern und wissenschaftliche Symposien und trat als Herausgeberin zahlloser Bücher hervor. Die katholische Kirche in Kroatien unterstreicht zwar immer wieder, sie sei mit der Nation nicht identisch, in Zeiten der kommunistischen Verfolgung war sie jedoch dazu gezwungen. Dagegen hatten die Katholiken in Slowenien aufgrund ihrer großen antifaschistischen Tradition und konkurrenzlosen Stellung zur Orthodoxie einen leichteren Stand.

In den neuen Demokratien Kroatiens und Sloweniens stößt unterdessen das Auftreten der Kirche in der Öffentlichkeit gemeinsam mit Regierungsvertretern auf Kritik. Die Kirche beantwortet sie mit dem Hinweis auf den enormen Nachholbedarf bei den Gläubigen. Gleichzeitig

verliert die Kirche zunehmend ihre „nationale“ Rolle, was sich jedoch nur positiv auf die eigentliche pastorale Arbeit auswirken kann. Die orthodoxe Kirche teilt solche Sorgen nicht. Sie identifiziert sich nahezu vollständig mit der aktuellen Politik des serbischen Führers Milošević.

Wie kann es weitergehen?

Auch die zuletzt stattgefundenen Wahlen in der südlichsten jugoslawischen Teilrepublik Mazedonien am 11. und die noch wichtigere in Bosnien/Herzegowina am 18. November haben keine Klarheit gebracht. Nur ein Bruchteil der 120 Abgeordneten im künftigen Parlament Mazedoniens konnte eine absolute Mehrheit seiner Wähler hinter sich bringen. Gleichwohl zeichnet sich ein Sieg der reformierten Kommunisten ab. Ihre Partei der Demokratischen Umgestaltung unter der Führung des energischen *Peter Gošev* vertritt in der Nationalitätenproblematik eine mittlere Linie zwischen den kroatisch-slowenischen und den serbischen Standpunkten. In der Frage der mazedonischen Selbstbestimmung kennt auch diese Partei keine Kompromisse. Überrascht hat das gute Abschneiden der gesamtjugoslawischen „Partei der Reformkräfte“, deren Gründer der derzeitige jugoslawische Ministerpräsident *Ante Marković* ist. Die Mazedonier, die Marković die zweitmeisten Stimmen gaben, sind offenbar von der Wirksamkeit seiner Wirtschaftspläne für die weitere Entwicklung der Republik überzeugt. An dritter Stelle platzierte sich erwartungsgemäß die Partei der albanischen Minderheit in Mazedonien, die dort ein Viertel der Bevölkerung ausmacht. Den Erfolg verdankt sie der eigenen Disziplin sowie nicht zuletzt mehreren tausend Auslandsalbanern, die zu den Wahlen angereist waren. Nach Meinung mazedonischer Nationalisten, die übrigens eine vernichtende Wahlniederlage erlitten haben, seien gerade

dort, wo die albanische Partei am erfolgreichsten war, Unregelmäßigkeiten vorgekommen.

Auch bei den Wahlen in Bosnien und der Herzegowina gab es hinsichtlich der Zugehörigkeit der Einwohner in dieser buntesten jugoslawischen Republik (40% Muslime, 35% Serben, 18% Kroaten und übrige) eine Reihe von Unregelmäßigkeiten. Die nationalen Parteien der Serben und Kroaten beschuldigten die Kommunisten, sie hätten auf die Wähler bei der Ausübung ihrer Bürgerpflicht Druck ausgeübt. Auländische Beobachter haben jedoch keine größeren Unstimmigkeiten in den Wahllokalen registriert.

Dort aber zeichnete sich bald ein überwältigender Sieg der nationalen Parteien der Muslime, Serben und Kroaten ab, während die Kommunisten und die Reformpartei des jugoslawischen Ministerpräsidenten Marković, im Unterschied zu Mazedonien, auf den zweiten bzw. dritten Platz kamen. Das Ergebnis kann man durchaus als Unterstützung der demokratischen und föderalistischen Kräfte in Kroatien und Slowenien sehen.

Alles in allem sind für Gesamtjugoslawien gegenwärtig nur zwei Möglichkeiten zu erkennen: Entweder gelingt eine Konföderierung, oder es kommt zu einer Verschärfung der Situation mit unabsehbaren Folgen. Schon die Schaffung eines „Westserbien“ könnte der Auftakt zum Bürgerkrieg sein. Es ist bereits der Begriff von einem „neuen Libanon“ gefallen, und NATO-Generalsekretär *Manfred Wörner* bekräftigte angesichts eines möglichen zwischennationalen Krieges in Jugoslawien die Berechtigung des nordatlantischen Bündnisses. Dessen Intervention indes erscheint fraglich, Jugoslawien als „zweiter Libanon“ wahrscheinlicher. Ein solcher Verlauf der Ereignisse in Jugoslawien würde zwar ganz und gar nicht in das gegenwärtige politische Klima in Europa passen, ist deshalb aber nicht weniger denkbar. *Gojko Borić*

„Eine unabweisbare Verpflichtung“

Überlegungen zu einer Neuauflage des „Lexikons für Theologie und Kirche“

Im Verlag Herder wird eine Neuauflage (die dritte seit Bestehen) des Lexikons für Theologie und Kirche vorbereitet. Das Erscheinen des ersten Bandes ist für Herbst 1992 geplant. Walter Kasper, der die Funktion des federführenden Herausgebers noch vor seiner Ernennung zum Bischof von Rottenburg-Stuttgart übernommen und als Bischof beibehalten hat, hat dazu Überlegungen verfasst, in denen Zielsetzung und Grundlinien des für Kirche und Theologie in Deutschland tragenden Projekts herausgearbeitet werden. Wir machen sie unseren Lesern gerne zugänglich.

Das „Lexikon für Theologie und Kirche“ bzw. dessen Vorgänger, das „Kirchen-Lexikon“, gehört seit fast 150 Jahren zu den großen, international anerkannten und so-

wohl für die theologische Wissenschaft wie für die kirchliche Praxis unentbehrlichen Standardwerken katholischer Theologie. In vielen Fällen ist es nach wie vor „die erste Hilfe“. In seiner Geschichte spiegelt es auf eindruckliche Weise den geschichtlichen Gang der katholischen Theologie in diesem Zeitraum, wie es dieser umgekehrt jeweils auch wichtige richtungsweisende Impulse vermittelt hat.

Vom Kirchenlexikon zum LThK

Die erste Auflage des „Kirchen-Lexikon“ (1847–1860), von H. J. Wetzer (Freiburg i. Br.) und B. Welte (Tübingen) herausgegeben, ist wie schon der Vorrede zu entnehmen